

KOPF DER WOCHE

Michael Gwerder



Der Muotathaler Sennenpräsident freut sich auf das Sennenhilbi-Wochenende mit dem grossen Festumzug.

Was wissen die allermeisten Menschen nicht über Sie?
Dass ich in der RS den 10-Kilometer-Waffenlauf gewonnen habe.

Welche Superkräfte hätten Sie gerne und warum?
Ich möchte gerne fliegen können, damit ich schneller von A nach B komme.

Was macht Sie glücklich?
«Im Summer bim Heuä, wenn z Heu äso ghörig tüürs isch.»

Wie stellen Sie sich Ihr Traumhaus vor?
Gross und schön warm.

Was steht als Nächstes auf Ihrer Bucketlist?
Mit «z Föhnä Wisel» und den Tourenski «innädurä».

Welchen Song würden Sie an einem Karaoke-Wettbewerb wählen?
«Wahnsinn» von Wolfgang Petry.

Was war als Kind Ihr Traumberuf?
Baumaschinenführer.

Als was verkleiden Sie sich an der Fasnacht am liebsten?
Ich habe es unverkleidet auch lustig an der Fasnacht.

Nach neun Jahren findet am Sonntag wieder ein Umzug statt. Worauf freuen Sie sich da am meisten?
Auf viele fröhliche Leute.

Was machen Sie, damit es Ihrem Umfeld gut geht?
Den Kontakt pflegen.

2015 kamen 9000 Personen nach Muotathal, um den Umzug zu sehen. Wie viele erwarten Sie in diesem Jahr?
10000 plus.

Wie sollen die Leute nach Muotathal reisen, damit es keine Staus gibt?
Per ÖV, aber es haben viele Autos, da 20 Verkehrsdienstler im Einsatz sind.

Geburtsdatum: 21. März 1977
Beruf: Landwirt
Wohnort: Büchsenen, Muotathal
Liebblingsgericht: «Älplermagronä i de Alpwirtschaft ufem Prigel»
Liebblingsgetränk: Kaffee Schnaps
Liebblingsapp: Schrittzähler
Liebblingsferienort: «Zäntumä, was warms Wasser hed und sprudlet»
Liebblingstier: Kuh

Rascher mehr Geld für die Armee

Die Zeit dränge, sagt der Goldauer FDP-Nationalrat Heinz Theiler. Der Sicherheitspolitiker lanciert eine Petition und fordert, das Armeebudget bereits 2030 aufzustocken.

Jürg Auf der Maur

Der Goldauer FDP-Nationalrat und Gewerbepräsident des Kantons Schwyz kämpft für eine einsatzfähige Armee. Er lanciert eine nationale Petition und fordert darin, dass das Armeebudget nicht erst auf 2035, sondern bereits auf 2030 aufgestockt wird.

Die Bevölkerung soll mit ihrer Unterschrift mithelfen, einen Beschluss wieder rückgängig zu machen. Im Dezember entschied das Parlament nämlich, die bereits beschlossene höhere Finanzierung der Armee – neu soll mindestens ein Prozent des Schweizer Bruttoinlandprodukts in die Armee fliessen – aus Spargründen um fünf Jahre zu verlängern und damit auf die lange Bank zu schieben.

«Wir halten Oldtimer in Schuss, die auseinanderfallen»

Dieses Geschäft sei aber dringlich, sagt nun Theiler, der als frisch gewählter FDP-Nationalrat Teil der Sicherheitspolitischen Kommission ist. Komme das Geld erst 2035, «ist das viel zu spät», erklärt er und ergänzt: «Viele Systeme wie Artillerie und Panzer ge-

«Die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer muss gewährleistet sein.»



Heinz Theiler
FDP-Nationalrat

hören schon jetzt ins Museum. Wir halten Oldtimer in Schuss, die inzwischen auseinanderfallen. Die Betriebskosten steigen immens.»

Besorgte Bürgerinnen und Bürger hätten ihn aufgefordert, etwas für die Sicherung der Armeefinanzien per 2030 zu unternehmen. Die Leute würden sich engagieren wollen und sich ernsthafte Sorgen machen. «Es war tatsächlich schon friedlicher auf dieser Welt.» Das sind die Gründe, weshalb Theiler nun eine Petition lanciert, die jede und jeder unterschreiben kann und die im Herbst eingereicht werden soll. Theiler: «Wir wollen die Bevölkerung befragen, sie hat sonst keine Möglichkeit, sich dazu zu äussern. Eine Initiative käme zu spät.»

Eine Antwort auf die Zeitenwende

Die jetzt online geschaltete Petition (www.armee2030.ch) ist denn auch Theilers Antwort auf die jüngsten kriegerischen Ereignisse in Europa. Bisher waren Expertinnen und Experten der Ansicht, seit dem Ende des Kalten Kriegs könnten Armeen kräftig her-

untergefahren werden. Mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine endete diese Zeit aber. Jetzt ist die Rede von einem Worst-Case-Szenario, es gibt wieder Krieg auf europäischem Boden.

Armee soll Szenarien entwerfen

Damit sei auch in der Schweiz eine Zeitenwende gestartet, schreibt Theiler namens der «Bürgeroffensive für eine starke Armee 2030». Darauf müssten die Schweizer Sicherheitsvorkehrungen nun ausgerichtet werden. Zuerst in der Verantwortung stehe die Schweizer Armee. Sie müsse die entsprechenden Szenarien entwerfen und Massnahmen treffen.

«Die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer muss gewährleistet, Land und Leute müssen geschützt werden können», fordert der Goldauer FDP-Nationalrat. Deshalb sei es zwingend, «dass die Armee die nötigen Finanzen dafür erhält. Aus diesem Grund gehört dieses Anliegen zuoberst auf die Prioritätenliste unseres Landes», heisst es in der gestern verschickten Medienmitteilung.

Rahmenabkommen beschäftigt Nationalräte

Das EU-Dossier entzweit die Schwyzer Bundesparlamentarier Roman Bürgi und Dominik Blunschy.

Jürg Auf der Maur

Die neu gewählten Parlamentarier Dominik Blunschy und Roman Bürgi haben im Nationalrat schon alle Hände voll zu tun. Der Mitte-Nationalrat aus Schwyz und sein SVP-Ratskollege aus Goldau machen den Eindruck, sich im Bundeshaus nicht nur wohl zu fühlen, sondern auch genau zu wissen, was sie noch alles anreissen wollen.

Seinen ersten Auftritt als Sprecher der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur im Plenum hat Dominik Blunschy bereits hinter sich, als er zur Revision des Patentgesetzes oder zur IT-Panne beim Bund reden durfte. «Nach zwei Sitzungen konnten wir beim Patentgesetz einen Kompromiss finden», freute er sich. Bis jetzt waren die Schweizer KMU innerhalb der EU beim Patentschutz benachteiligt, weil es verschiedene Voraussetzungen gab. «Jetzt sind die Spiesse gleich lang», so Blunschy.

Braucht es also das umstrittene und von der SVP bekämpfte Rahmenabkommen mit der EU? In der Mitte-Fraktion sei dieses heiss diskutiert und mit Experten und in Form von Hearings besprochen worden. «Die Meinungen dazu sind auch in der Mitte-Partei kontrovers», sagt Blunschy. Er selber habe auch «gewisse Bedenken».

Bürgi gegen Gespräche mit der EU

Aber für ihn ist klar: «Wir müssen mit der EU verhandeln. Es gibt Abhängigkeiten von Europa, die für die Schweiz zu wichtig sind.» Er denke da an die Forschung, bei der die Schweiz nicht aus dem Horizon-Europa-Programm fallen dürfe, den Energiebereich oder die Bildung, die für die Schweiz ebenfalls zentral seien. Blunschy: «Wir sind keine Insel, Abschotten ist keine Lösung, gegenseitige Verhandlungen sind nötig.»

Ganz anders sieht Roman Bürgi die Frage um ein künftiges Rahmenab-



Die Schwyzer Nationalräte Roman Bürgi (links) und Dominik Blunschy haben in den nächsten Tagen an der Session in Bern noch viel vor.

Bild: Jürg Auf der Maur

kommen. Der SVP-Politiker unterstützt die Haltung seiner Fraktion, mit der EU schon gar nicht Gespräche aufzunehmen. Von einer Gesprächsverweigerung will er aber nicht reden. «Das sehe ich gar nicht so», reagiert er vehement. Grund: «Wir würden mit diesem Abkommen so stark benachteiligt, dass es schon jetzt klar ist, dass die Schweizer Bevölkerung das nicht will.» Es sei unnötig, darüber irgendwelche Verhandlungen zu führen. Nochmals, wiederholt Bürgi, mit dem skizzierten Schiedsgericht oder nur schon im Migrationsthema stecke für die Schweiz «zu viel Negatives drin».

Bundesrat Ignazio Cassis habe 2021 beim Gesprächsabbruch mit der EU noch gesagt, es gebe bei weiteren Gesprächen keine Neuauflage, kein

Rahmenabkommen 2.0. Doch genauso weit sei man nun. «Wir werden uns vehement gegen ein solches Rahmenabkommen wehren», ist für Bürgi schon jetzt klar.

Daneben treiben ihn Fragen um die Migration an. Am Montag wird die Petition gegen das geplante Bundesasylzentrum in Buosingen übergeben. «Wenn Bundesrat Beat Jans seinen Worten auch Taten folgen lässt, ist das sicher gut. Wenn nicht, bin ich nicht so guten Mutes.» Gross ist sein Ärger derzeit auch über den mangelnden Sparwillen im Parlament. «Ich finde es bemerkenswert, dass das bei so vielen noch nicht angekommen ist.» Man wisse, dass die Schweiz sparen müsse, aber niemand sei bereit, etwas zu machen.

Auf Besuch im Bundeshaus

Die Politik spielt nicht nur im Schwyzer Regierungs- oder Kantonsrat. Den Takt bei vielen Themen und Geschäften geben die National- und Ständeräte im Bundeshaus in Bern vor. Der «Bote» will deshalb regelmässig auch die Schwyzer Parlamentarier zu Wort kommen lassen und mit ihnen bei einem Kurzbesuch über aktuelle Probleme, Sorgen und Nöte reden, mit denen sie sich beschäftigen.

Diese Reihe wird turnusgemäss durch Heinz Theiler (FDP) und Marcel Dettling (SVP) sowie durch die Ständeräte Petra Gössi (FDP) und Pirmin Schwander (SVP) ergänzt. (adm)